



Rechtsausschuss

33. Sitzung (öffentlich)

24. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller und Stefan Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Die Tagesordnung wird mit Einverständnis des Ausschusses um einen neuen Tagesordnungspunkt 1 „Bestellung des Justizvollzugsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen“ ergänzt. - Die Nummerierung der anderen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

1 Bestellung des Justizvollzugsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen

8

Der Ausschuss begrüßt den Justizvollzugsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Prof. Kubink, in seinem neuen Amt. - Minister Kutschatj teilt mit, dass der neue Amtsinhaber seine Aufgaben in gleicher rechtlicher Konstruktion wahrnehmen werde wie zuvor Herr Prof. Walter. Er werde keine Tätigkeiten fürs Ministerium mehr

ausüben. Des Weiteren sei er genauso unabhängig wie vorher Prof. Walter.

2 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen 10

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/5413

in Verbindung mit

**Gesetz zur Regelung des Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen
(Strafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen - StVollzG NRW)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4155
APr 16/594

Aus Sicht der SPD und der Piraten besteht noch Gesprächsbedarf zwischen den Fraktionen. - Der Vorsitzende schlägt daraufhin vor, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) 11

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 16/6710

in Verbindung damit

**Finanzplanung der Jahre 2014 bis 2018 mit dem Finanzbericht 2015
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 16/6501
- Vorlage wird erwartet -

Erläuterungsband zum Einzelplan 04 - Geschäftsbereich des
Justizministeriums
Vorlage 16/2199

Dirk Wedel (FDP) bittet um folgende Daten bzw.
Darstellungen bis zum 30. September 2014:

Erstens. Daten über personalverwendungsbasierte Belastungsquoten insgesamt und aufgegliedert nach den einzelnen Gerichtsbarkeiten sowie der Staatsanwaltschaft.

Zweitens. Darstellung der Auslagen in Rechtssachen seit dem Jahr 2000, und zwar nicht nur in Form von Ist-Zahlen der in Frage kommenden Jahre, sondern mit den entsprechend gegenübergestellten Jahres-Soll-Zahlen.

Drittens. Darstellung, aus welchen Titeln die globale Minderausgabe 2013 erwirtschaftet worden ist.

Minister Kutschaty sagt zu, diese Daten kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich folgenden Zeitplan: Der 17. Oktober 2014 ist Fristende für die Weiterleitung von Fragen an das Justizministerium. Am 24. Oktober 2014 sollen die Antworten in Form eines schriftlichen Berichtes vorliegen. Am 29. Oktober 2014 sollen Aussprache und Einzelberatungen stattfinden. Am 18. November 2014 beginnt um 13.30 Uhr eine Ausschusssitzung (Zusatztermin) mit abschließender Beratung und Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verbesserung der Sicherheit in Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen

17

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/6223

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - DSGVO NRW)

18

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/6634

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, sich an dem wahrscheinlich am 26. Februar 2015 stattfindenden Sachverständigengespräch des Innenausschusses zu dem Gesetzentwurf nachrichtlich zu beteiligen.

6 Tod eines 21-jährigen Jugendstrafgefangenen in der JVA Herford 19in Verbindung mit**Behandlung psychisch auffälliger bzw. erkrankter Gefangener - Zum Tod eines Häftlings in der JVA Herford**

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/2235

Dirk Wedel (FDP) bittet das Justizministerium um eine konkretere Beantwortung der von ihm gestellten Fragen zu einem späteren Zeitpunkt. Er möchte unter anderem wissen, wie viele der in Fröndenberg für männliche Gefangene vorgesehenen 60 Betten Longstay-Plätze seien. - Des Weiteren bittet er um Auskunft, welche Handlungsmöglichkeiten dem Justizminister zur Verfügung stünden, welche fehlen würden und was eventuell von anderen Ressorts angefordert werden müsse.

Sven Wolf (SPD) bittet das Justizministerium um Mitteilung, wer in Bezug auf die Feststellung von Haftfähigkeit entscheide. - Außerdem bitte er um weitere Erläuterungen zu den konsiliarisch in den JVAs tätigen psychiatrischen Kräften.

7 Reform des Mordparagrafen: Aus für lebenslange Freiheitsstrafe? 30

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2222

8 Vorratsdatenspeicherung 33

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2223

9 Neubau der JVA Münster – Sachstand 34

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2224

10 Verschiedenes**36**

Der Ausschuss kommt überein, in seiner zusätzlichen Sitzung am 18. November 2014 ein Votum zum Gesetzentwurf der Landesregierung zu einem Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften Drucksache 16/6089 abzugeben.

* * *

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - DSG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/6634

Vorsitzender Dr. Robert Orth erläutert, durch die schrittweise Einführung des digitalen Sprechfunks für Behörden in Nordrhein-Westfalen sei eine Änderung des Datenschutzgesetzes erforderlich geworden. Es sei beabsichtigt, eine gesetzliche Grundlage für die Nutzung der Ortungsfunktion mittels GPS der Sprechfunkgeräte durch Leit- und Befehlsstelle zu schaffen.

Am 10. September 2014 sei eine erste Lesung durchgeführt worden. Federführend sei der Innenausschuss, der Rechtsausschuss sei mitberatend. Heute berate dieser Ausschuss erstmalig über den Gesetzentwurf. Der Innenausschuss habe bereits beschlossen, ein Sachverständigengespräch zu dem Gesetzentwurf durchzuführen, das wahrscheinlich am 26. Februar 2015 stattfinden werde. Von daher müsse festgelegt werden, ob sich der Rechtsausschuss nachrichtlich beteiligen wolle; er empfehle dies.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, sich an dem wahrscheinlich am 26. Februar 2015 stattfindenden Sachverständigengespräch des Innenausschusses zu dem Gesetzentwurf nachrichtlich zu beteiligen.

